



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Sturz der Mittelmächte

Nowak, Karl Friedrich

München, 1921

Brest Litowsk

[urn:nbn:de:hbz:466:1-84190](#)

BREST LITOWSK

Im Hauptquartier des Prinzen Leopold von Bayern, des Oberkommandierenden an der deutschen Ostfront, saßen in der vierten Dezemberwoche des Jahres 1917 die Abgesandten der Mittelmächte und des russischen Sowjetreiches versammelt, um über die Möglichkeiten eines Friedens zu beraten. Aus Zarskoje Selo, wo sie die Herrschaft des Zaren abgelöst hatten, war einen Monat zuvor ein Funkspruch „An Alle“ von den Volkskommissaren Lenin und Trotzki in die Welt geschickt worden: alle Kriegsführenden sollten „vor dem Angesicht ihrer eigenen Völker und vor dem Angesicht der ganzen Welt“ kundtun, ob sie „an Friedensverhandlungen heranzutreten“ bereit wären. Der Funkspruch hatte die Sprache der Freiheitsträume einer durch Revolution siegreichen, überraschend emporgetragenen und in der Weltordnung neu zu Wort kommenden Klasse geführt. Verbrüderungsgedanken hatten die Radiowellen getragen. Die Volkskommissare hatten von einem „Ehrenfrieden des Einverständnisses“ gesprochen:

„Wir beantragen, mit allen Völkern öffentlich einen neuen Vertrag auf der Grundlage des Einverständnisses und der Zusammenarbeit zu schließen.“

Schon zwei Tage vorher hatte der Volkskommissar Krylenko als Oberkommandant des russischen Heeres Unterhändler zu den Deutschen geschickt, um den Kampf der Waffen auszusetzen. Bei Dünaburg hatten sie die deutschen Linien überschritten, dann waren in Brest Litowsk

vom Stabschef des Prinzen Leopold — dem Generalmajor Hoffmann — die Waffenstillstandsverhandlungen eigentlich ohne alle Reibungen geführt und abgeschlossen worden. Die Russen durften ihre Waffen behalten. Jeder der beiden Gegner sollte in seinen Stellungen verbleiben. Die russischen Besatzungen kannte man nicht. Ueber die Stellungen hinaus, in denen freilich nur Kommandanten und Stäbe waren, weit ins Innere Rußland konnte man nicht sehen. Das Innere Rußlands blieb vorläufig verschlossen, wie bisher. Aus Kreuznach, aus dem Großen Hauptquartier, hatte der General Ludendorff am Telefon noch zweifelnd den Stabschef des Prinzen gefragt:

„Ja, kann man denn mit den Leuten verhandeln?“

General Hoffmann vertrat einen Standpunkt:

„Ja. Man kann verhandeln. Exzellenz brauchen die Truppen. Und das sind die ersten, die kommen.“

Der Waffenstillstand wurde abgeschlossen. Nicht an allen Fronten und zwischen allen Gegnern, wie es der Gedanke jenes Funkspruches gemeint hatte. Aber doch zwischen den Russen und den Mittelmächten. Inzwischen war freilich auch schon der Anfang der diplomatischen Unterhandlungen gemacht worden. Nach allen vorangegangenen Versuchen, offen und versteckt unternommen, ob man überhaupt zu Verhandlungen über eine Friedensbasis gelangen könnte, war jetzt durch die Russen der erste Ruf an alle Welt ergangen, sich an den Verhandlungstisch unter Voraussetzungen zu setzen, die vielleicht zu einer Lösung des Friedensproblems zu führen vermochten. Noch war es nicht durchaus sichtbar, ob Deutschland unbedingt einen Frieden haben mußte. Noch waren sich die Lenker der deutschen Politik nicht völlig darüber klar. Noch liefen die Maschinen in Deutschland, die ganze Arbeit des Volkes eigentlich willig und gut. Im Westen trug General Ludendorff sich mit großen Plänen. Italien lag

nach furchtbaren Schlägen, die es bei Flitsch und Tolmein im Herbste 1917 empfangen hatte, halb zerschmettert auf dem Boden. Verstimmter konnte — trotz russischer Waffenstreckung und trotz des Vormarsches in Italien — die Lage mancher Dinge in Oesterreich-Ungarn betrachtet werden. Vielleicht war man sich dort schon klarer über die Frage des Erwünschtseins oder der Not eines Friedens. Gleichviel: der Ruf zu Verhandlungen, zum erstenmal von den Lippen des Gegners, war ergangen, — man wollte die Gelegenheit nützen, sie war eine ethische Verpflichtung, vielleicht war sie mehr. Der deutsche Kanzler hatte vor dem Reichstag seine Bereitwilligkeit ein wenig kühl, der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Ottokar Czernin seine Bereitschaft ungleich wärmer den Russen selbst versichert. Und nunmehr, vier Wochen nach dem Alarm von Zarskoje Selo, traf man einander in Brest Litowsk.

Sogleich begannen die Besprechungen. Sie trugen feierlichen und ungefeierlichen Charakter, die Abgesandten der einzelnen Staaten besprachen sich zwischen den Vollsitzungen und Konferenzen zwanglos „à trois“ und „à quatre“. General Hoffmann, der die „Oberste Heeresleitung“ in Brest vertrat, da Ludendorff von dem ursprünglichen Plane, selbst der Friedenskonferenz anzuwohnen, wieder abgekommen war, General Hoffmann, der übrigens trotz seines Amtes dem Führer der deutschen Abgesandten, dem Staatssekretär von Kühlmann, unterstellt war, machte für alle den Hausherrn. Der Stab von technischen Mitarbeitern, den die diplomatischen Chefs mitgebracht hatten — die Russen, wie die Türken und Bulgaren, die Deutschen und die Oesterreicher — war groß. Es schien von Anbeginn, daß der gewandte, geistreiche, nervöse Graf Czernin, ein Grandseigneur von vieler Weltübung, die Linienführung der Verhandlungen vielleicht würde bestimmen können.

Neben seiner unruhigen, stets von neuen Einfällen vorwärts getriebenen und in neuen Wendungen überraschend abbiegenden Art wirkte die nicht ganz durchsichtige, immer leidenschaftslose und häufig fast unbeteiligte Haltung des Staatssekretärs von Kühlmann als fatalistische korrekte Kälte mit Betonung ausgezeichneter, verbindlicher Manieren. Gegenüber beiden waren die Russen Joffe und Kamenew, die im alten Rußland verfemten Sträflinge, die aus sibirischen Gefängnissen an die Macht gelangt waren, die Repräsentanten der Kehrseite der Welt, und der Eindruck der vereinigten Wortführer wurde nicht abgeschwächt, wenn General Hoffmann, der riesenhafte Soldat mit dem Bismarckschädel, die stacheligen Brauen unter hoher Stirn unbewegt zusammengezogen, nahezu in alles eingeweiht, nahezu von allen unterrichtet, mit den Honneurs zugleich Vermittlerdienste tat. Selbstverständlich war, daß sich Graf Czernin sogleich mit dem Staatssekretär von Kühlmann ins Einvernehmen setzte. Die Russen hatten ihr Friedensprogramm verlesen, sechs Punkte, von denen nur zwei bedenklich, also eine Konfliktmöglichkeit waren: auf jede Annexion von Gebieten, die im Kriege erobert waren, sollte verzichtet und allen Völkern das Selbstbestimmungsrecht ihrer staatlichen Zukunft und Zugehörigkeit gewährt werden. Staatssekretär von Kühlmann und Graf Czernin berieten die Antwort.

Die Russen hatten einen allgemeinen Frieden vorgeschlagen. Zunächst mußte die Antwort der Mittelmächte also eine Paraphrase der russischen Note sein, um die Verhandlungen überhaupt in Gang zu setzen. In Wahrheit glaubte der Staatssekretär von Kühlmann nicht an eine allgemeine Friedensberatung. In Wahrheit war er im ganzen skeptisch. Wenn die Gegner der Mittelmächte sich wirklich an den Beratungstisch setzen wollten, unter dem Einverständnis, daß keiner der Kriegführenden annexieren

dürfe, so war ihm dies sicherlich recht. Der Konflikt zwischen Rußland und Deutschland konnte, mußte der Besitz der von den deutschen Truppen besetzten, einst russischen Randstaaten Kurland und Litauen werden. In Kurland und Litauen wohnten deutsche Menschen. In Kurland und Litauen würden die Bolschewiken propagandistische Arbeit um jeden Preis tun wollen. Daß Deutschland ein Recht, vielleicht sogar eine Pflicht hatte, dort die deutschen Menschen vor Terror in jeder Form zu schützen, überdies an seinen Grenzen keinen Bolschewikenherd sich entzünden zu lassen, leugnete sich selbst der Staatssekretär nicht. Aber die ganze Frage wog ihm leicht, wenn die Gegner der Mittelmächte wirklich verhandeln wollten: denn war Rußland an der deutschen Ostgrenze, so war Deutschland an seiner Westgrenze von Annexionen bedroht. Der Staatssekretär war sich darüber klar, daß alle Entscheidung im Westen lag. Blieb Deutschland im Westen unversehrt, so konnte über alles andere gesprochen werden. Der Staatssekretär trat sofort für die Formulierung eines allgemeinen Friedensangebotes als Antwort an die Russen ein: obgleich er die Verwirklichung des Vorschlages nicht erwartete. Mißlang das Angebot, so war der nächste Schritt leichter: zum Sonderfrieden mit den Russen. Das allgemeine Friedensangebot war ein Lockruf; aber abgesehen von jeder damit verbundenen, geringen Hoffnung war erst nach seiner Ablehnung die Tür zu Sonderverhandlungen offen. Wenn die Russen sahen, daß die Mittelmächte mit allen verhandeln wollten, ihre Gegner aber nicht, so blieb nichts als der Separatfrieden. Wie die Verhandlungen über den Separatfrieden dann geführt werden mußten, war für den Staatssekretär erst die Sorge von morgen. Jetzt formulierte er, da auch die Russen es so wollten, das Friedensangebot an alle.

Ungehemmter kam zu seiner Formulierung der Graf

Czernin. Er wußte, daß das Londoner Abkommen von 1915, das Italien für den Krieg endgültig gewonnen hatte und dessen Abschrift in seinem Schreibtisch lag, die Vernichtung der österreichisch-ungarischen Monarchie beschlossen hatte. Kamen die Gegner der Mittelmächte wahrhaftig an den Verhandlungstisch, verzichteten sie auf Annexionen, so hieß dies, daß das Londoner Abkommen umgestoßen war und somit alles für Oesterreich-Ungarn gerettet. War aber das allgemeine Friedensangebot nur die Tür zum Sonderfrieden, so konnten seine Entschlüsse immer noch leichter sein, als die des Staatssekretärs von Kühlmann. Oesterreich-Ungarn suchte gegenüber Rußland gar keine Eroberungen. Wie die Verhandlungen über Grenzberichtigungen mit Rumänien geführt werden mußten, war für den Minister des Äußeren Czernin erst die Sorge von weiter als morgen. Die rumänische Frage gehörte nicht in die russische Frage. Umso selbstverständlicher konnte Oesterreich-Ungarn auf Osteroberungen verzichten, als mit dem Grafen Czernin der Staatssekretär für die „austro-polnische Lösung“ des Polenstreites war. In solcher Rücksicht konnte dem Grafen Czernin auch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes nur genehm sein, wenngleich ihm gerade das Selbstbestimmungsrecht im Hinblick auf das Völkerwirral in Kaiser Karls Monarchie besonders heikel schien. In einer der ersten Unterhaltungen „à trois“, mit dem Staatssekretär von Kühlmann und General Hoffmann, hatte er seufzend ausgerufen:

„Ich darf das Wort Selbstbestimmung gar nicht in die Debatte werfen. Sonst kommen mir die Tschechen, die Ruthenen, die Jugoslawen und wollen Selbstbestimmung über Selbstbestimmung.“ —

Das Wort und der Begriff galt für ihn nur außerhalb der Monarchie der Habsburger. Wenn Polen zu Oester-

reich wollte, so sollte es seine Selbstbestimmung haben. Uebrigens war die ganze, über ein Jahr verschleppte polnische Frage noch fern jeder endgültigen Lösung. Dem russischen Wortführer Joffe hatte der Graf erklärt, daß er sich jede Einmengung in Oesterreich-Ungarns interne Angelegenheiten verbitte. Außerhalb der Grenzen der Monarchie konnte ihm jede Austragung russisch-deutscher Standpunkte gleich sein, wenn es nur eine Austragung war. Kam es zu allgemeinen Verhandlungen, so war auch für Czernin alles in Ordnung. Andernfalls mußten die Sonderverhandlungen mit den Russen zu irgendeinem Friedensergebnis führen. Er wollte dafür schon sorgen: man wartete in Wien auf den Frieden, auf den ersten Frieden, der wenigstens eine Beruhigung und eine Aussicht war. Auch Graf Czernin paraphrasierte den russischen Vorschlag über einen Frieden ohne Annexionen, der zugleich den Völkern die selbständige Begründung ihrer staatlichen Zukunft beließ. Auch Graf Czernin formulierte als Antwort an die Russen das allgemeine Friedensangebot. Der Staatssekretär von Kühlmann und Graf Czernin stimmten in ihrer Meinung über Form und Inhalt ihrer Antwort durchaus überein.

Schwierigkeiten kamen freilich, kaum daß die Mittelmächte ihren Vorschlag ausgearbeitet hatten, von den Abgesandten der Türkei und Bulgariens. Die Türken begehrten die augenblickliche Zurückziehung der russischen Truppen aus dem Kaukasus. Was aber die Türken von den Russen verlangten, konnten die Russen von den Deutschen in den Randstaaten verlangen. So weit indes war man noch nicht. Vorerst gab es ein einziges Ziel: die ganze Welt an den Friedenstisch zu rufen. Die Türken begriffen die Schwierigkeit, sie gaben nach. Bedenken für ihr Reich hatten sie auch in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht

der Völker. Aber wenn Oesterreich-Ungarns Abgesandter sich auf so gefährliche Themen einlassen konnte, so durfte Messimi Bei, der türkische Außenminister, noch geringere Sorge hegen. Die österreichisch-ungarische Völkerzersplitterung wurde von der Türkei nicht annähernd erreicht. Messimi Bei gab sich, ein wenig ironisch im Ton, mit solcher Begründung bald zufrieden. Vielleicht wußte er, daß er mit seinen beiden Einwänden das Schicksal der ganzen Konferenz in ihren Kernpunkten zu früh beschworen hatte.

Hartnäckiger waren die Bulgaren. Sie dächten nicht daran, das Friedensangebot so zu unterschreiben. Bulgarien werde und müsse annexieren. Versprechungen, die ihm noch der General Falkenhayn gemacht hatte, als er Bulgarien für den Krieg gewann, sicherten ihm die Dobrudscha und gewisse serbische Gebiete. Um ihretwillen war das Königreich in den Krieg gezogen. Graf Czernin glaubte, daß er sich ins Mittel legen müßte. Er sprach vor allem mit Popow, einem der Abgesandten des Zaren Ferdinand, so aufgebracht der Bulgarie auch war. Popow könnte ruhig unterschreiben, versicherte der Wiener Außenminister, der Vorschlag, der auf Annexionen verzichte, bestünde nur zu Recht, wenn es zum allgemeinen Frieden käme. Nichts würde also von ihm und Gantschew, nichts von ihnen beiden für Bulgarien riskiert, wenn sie unterschrieben — — Aber nur Gantschew, nicht Popow wollte die Logik des Grafen Czernin begreifen. General Gantschew entschloß sich, mit dem Vorschlag zur Nachgiebigkeit an den Zaren nach Sofia zu berichten. Der Telegrammwechsel war ausführlich und umständlich. Zum Schlusse zeigte sich, daß der Zar nachgiebiger war, als sein Unterhändler Popow. Ein Befehl zwang die Bulgaren zur Unterschrift. Sie unterschrieben.

Alles schien jetzt in Ordnung. Der Staatssekretär von

Kühlmann glaubte nicht an den Erfolg. Die Sorge um die Randstaatenfrage hatte er zurückgestellt. Czernin glaubte weder an den Erfolg, noch bei einem kommenden Sonderfrieden an einen Verzicht auf Annexionen. Deutlicher als in seinem Gespräch mit den Bulgaren konnte man nicht sein. Die Bulgaren selbst hofften, daß kein Erfolg sich einstellen werde, und der Außenminister Mes-simi Bei machte mit dem ihm zugeteilten Botschafter Hakki Pascha den skeptischen Zuschauer. Endlich war alles bereit. Da protestierte Einer: der General Hoffmann.

General Hoffmann protestierte, denn er wunderte sich über das ganze Instrument des Friedensvorschlages. Seine Auffassung bis jetzt war, daß über das Schicksal von Kurland und Litauen die Entscheidung längst gefallen sei. Kurland und Litauen hätten beschlossen, sich von Rußland abzutrennen. Ihr deutlicher Wunsch wäre, durch Personalunion mit dem Hause Hohenzollern verbunden zu sein. Von all dem stand nichts im Friedensangebot. Offenbar hatte man in Kreuznach, wo sich der Kaiser und die Generäle mit dem Kanzler und dem Staatssekretär zu einer Beratung am 18. Dezember zusammengefunden hatten, die Beschlüsse geändert. Der Staatssekretär war von Kreuznach nach Brest gekommen. Offenbar war alles, was in Brest geschah, in Kreuznach mit dem Kaiser und Ludendorff durchgesprochen worden. Gleichwohl protestierte General Hoffmann. Er sah Verwicklungen voraus. Er protestierte gegen Form und Inhalt. Die Fassung des Vorschlages schien ihm allzu demütig. Was die Form betraf, so kam der Staatssekretär dem General entgegen. Einige Wendungen wurden gestrichen. Aber der Inhalt blieb bestehen, gleichwie der Protest des Generals. Alle nötigen Unterschriften füllten das Dokument. Der Friedensvorschlag wurde überreicht.

Die Genugtuung der Russen war ehrlich. Sie schienen

zufrieden und geradezu glücklich zu sein. Ihre Depeschen trugen den Erfolg jubelnd nach Petersburg. Alles hatten sie erreicht. Zehn Tage wollte die Konferenz abwarten, wie der Rest der Kriegführenden sich zur Verhandlungsaufforderung stelle. Zeit brauchte man darum aber nicht verlieren: der Graf Czernin schlug vor, sofort mit der Beratung jener Angelegenheiten zu beginnen, die doch zwischen Rußland und den Mittelmächten auf alle Fälle zu regeln wären. Zunächst mußten die territorialen Fragen besprochen werden. Der Staatssekretär und der österreichisch-ungarische Außenminister hatten sich in ihrem Vorschlage zwar auf eine Formel geeinigt, die auf „gewaltsame“ Annexionen verzichtete. Aber irgendwie mußten einmal die Schwierigkeit und die Ordnung der Gebietsfragen angegangen werden. Da mischte sich abermals der General Hoffmann ein.

General Hoffmann machte mehr den Eindruck eines Entrüsteten, als eines Verstimmten. Er fand, daß etwas in der ganzen Haltung der Diplomaten nicht ganz in Ordnung wäre. Sie hatten ein Friedensangebot überreicht, das von Gebietsaneignungen nichts wissen wollte, aber nunmehr bereiteten sie dennoch die Regelung der territorialen Fragen vor. Es ging also doch um die Randprovinzen und ihre Zukunft. Die Russen mußte die plötzliche Aufwerfung dieses Problems nach der soeben überreichten Note aufs peinlichste überraschen. Nicht ein einziger unter den russischen Abgesandten konnte anderes annehmen, als daß alles, was einst zu Rußland gehört hatte, nunmehr Rußland wieder zufallen müsse. Natürlich hatte auch schon der russische Oberst Fokke in einem beiläufigen Gespräch mit General Hoffmanns erstem Generalstabsoffizier die Selbstverständlichkeit ausgesprochen, daß also Deutschland in Bälde hinter die Grenzen von 1914 zurückgehen werde. Der General vertrat immer mehr die Auf-

fassung, daß das Friedensangebot der Mittelmächte, ob dies nun so in Kreuznach besprochen war oder nicht, in jedem Falle mit einer Reservatio mentalis gemacht war: keine Annexionen — „sofern auch die übrigen Gegner der Mittelmächte verhandeln“. Ueberdies versteckte sich noch etwas hinter dem Worte „gewaltsame Aneignung“. Die Russen mußten sich bald überrumpelt, überlistet, betrogen fühlen, wenn man ihnen nicht reinen Wein darüber einschenke, daß die russischen Randstaaten, die selbst über ihre Zukunft bereits abgestimmt hätten, kein Annexionsgebiet darstellen. Er sei dagegen, daß der Vorwurf unehrlichen Spiels von den Russen erhoben werden könne, er bestehe darauf und mache sich selbst erbötzig, den Abgesandten vor ihrer bevorstehenden Abreise zur Berichterstattung nach Petersburg die wahre Situation zu sagen. Der Staatssekretär schien nicht abgeneigt, den Wünschen des Generals beizupflichten. Aber er drückte sich nicht ganz deutlich aus. Dem Grafen Czernin lag nichts daran, daß die Russen so abreisten: ohne Aufschlüsse. Er betonte, daß er vor allem darauf Wert lege, daß sie unbedingt aus Petersburg an den Verhandlungstisch zurückkehrten. Unbedingt wolle er die Russen nach Brest zurückhaben. Die Verhandlungen, ob allgemeiner Frieden, ob Sonderfrieden, durften nicht abreißen. General Hoffmann beschloß die Aufklärung der Russen.

Unter den Abgesandten in Brest Litowsk hatte der Umgang liebenswürdige, fast freundschaftliche Formen. Man traf einander auf Spaziergängen, man plauderte in den Nischen der Beratungssäle und vor der Tafel, an die man sich gemeinsam setzte. General Hoffmann wählte die Augenblicke vor einem Frühstück, um die Russen aufzuklären. Sie müssten dies nur richtig verstehen: man wolle den Frieden „ohne gewaltsame Annexionen“ schließen. Daß die Randstaaten zu Deutschland wollten, könne als Anne-

xion nicht betrachtet werden. Die Russen schienen so gleich wie vor den Kopf geschlagen. Mit dem Staatssekretär, mit dem Grafen Czernin und General Hoffmann setzten sich die Sowjetvertreter Joffe, Kamenew und Professor Prokrowski unmittelbar nach dem Frühstück zu einer Beratung zusammen, die voll Aufregung verlief. Der Staatssekretär und der österreichisch-ungarische Außenminister sprachen über das Thema des Selbstbestimmungsrechtes, wobei der Staatssekretär die Verhältnisse in Kurland und Litauen behandelte, indes der Außenminister Ansprüche der Polen vertrat. Aber Professor Prokrowski stellte in größter Aufregung fest, daß die Mittelmächte in Wahrheit die Abtretung von siebzehn bis achtzehn Gouvernements verlangten. Die Ausführungen des Professors endeten mit einem Weinkampf. Es gab keinen Ausgleich zwischen den Parteien. Die Russen fühlten sich verraten. Sie wollten unverzüglich abreisen.

Der Staatssekretär war in schwerer Lage. Der Zusammenstoß war wesentlich früher gekommen, als er ihn erwartet hatte. Er wollte die Möglichkeit russischer Agitation in den Randstaaten ausschalten. Er wollte dort den Deutschen Schutz gewähren. Für eine „Annexion“ im Sinne von Landerweiterung und Machtzuwachs war er gar nicht: er hielt alle Beschlüsse über die Ostfragen für ein Provisorium und suchte nach einer staatsmännischen Formel, die aus eben diesen Gründen den deutschen Einfluß an der Ostgrenze sicherstellte. Ihm schwabten selbständige Randstaaten vor, in deren Wirtschaft und Verwaltung Deutschland ein gewichtiges Wort mitzureden hätte; ein Randstaatenverhältnis zu Deutschland konnte er sich denken, wie etwa Aegyptens zu England. Es sollte nicht für alle Zeit festgelegt sein. Wenn Kurland und Litauen später einmal wollten, sollte ihre Rückkehr zu Rußland kein Ding der Unmöglichkeit bleiben. Allerdings griff

jetzt, von Kreuznach her, auch die „Oberste Heeresleitung“ in die Verhandlungen ein. Sie tat es nicht unmittelbar, aber sie drängte und überschüttete die Verhandlungsleiter mit Vorwürfen. Der „Obersten Heeresleitung“ schien das Friedensangebot völlig verfehlt, denn jede Anspruchsbe-
tonung auf den Besitz der Randstaaten fehlte für sie darin. Der Staatssekretär sah ein, daß er jetzt Rußland keineswegs die Randstaaten wiedergeben könne, vor allem nicht im Kriege, denn ein großer Teil der deutschen Rüst-
stätten lag dort. Auf die „Oberste Deutsche Heeresleitung“ mußte er daher Rücksicht nehmen. Heimlich dachte er auch an den Lärm der annexionistischen Parteien daheim, den er gern vermieden sehen. Dabei wünschte er aufrichtig, sich den Russen zu nähern. Von Ludendorff allein wollte er sich nicht kommandieren lassen. Er suchte nach einer ausgleichenden staatsmännischen Formel.

Indes bemühte sich Graf Czernin, die Dinge zu beschleu-
nigen. Er gab nicht zu, daß das Zustandekommen des Friedens an den Ansprüchen der deutschen Generale schei-
tern dürfe. Im Notfalle werde er zu Sonderverhandlun-
gen mit den Russen schreiten, im Notfalle auch vor einem Sonderfrieden für Oesterreich-Ungarn nicht zurück-
schrecken. Er berief sich auf geheime Instruktionen Kaiser Karls. Er hatte sie bereits mitgebracht. Der Kaiser hatte seinen Abgesandten mit dem Befehl nach Brest geschickt, einen Frieden auf jeden Fall heimzubringen. Der Staats-
sekretär verstand die Drohung, aber er empfand sie nicht einmal unangenehm. Sie war ein Schachzug in der diplo-
matischen Technik des Grafen Czernin, der dem Staats-
sekretär eine festere Haltung gegenüber der „Obersten Heeresleitung“ erlaubte. Auch wenn der General Hoffmann dem Abgesandten Czernins, dem Feldmarschalleutnant Csiscericz, mit gänzlich unerwarteter Auffassung auf sei-
nem Bureau entgegnete:

„Aber das ist ja reizend! Ich bekomme 25 Divisionen frei. Oesterreich-Ungarn deckt mir nach einem Sonderfrieden die Flanke: und ich kann die 25 Divisionen anders verwenden“ — —

Nebenbei hatte der Staatssekretär von Kuhlmann den Eindruck, daß Oesterreich-Ungarn überhaupt einen Anfang damit mache, vom Bündnis mit Deutschland loszukommen. Es schien ihm, daß die Geheiminstruktion Kaiser Karls an seinen Minister noch durch Briefe des Kaisers nach Brest unterstrichen werde. Jedenfalls bat er sich den Standpunkt des Grafen schriftlich aus. Auch Ludendorff mußte ihn ohne Zweifel in seine Rechnung stellen; umso mehr als Kaiser Wilhelm, dem der Staatssekretär so gleich den Czerninschen Standpunkt gemeldet hatte, sichtlich mehr den Vermittlungswünschen des Staatssekretärs zustimmte, als den entrüsteten Forderungen des „Großen Hauptquartiers“.

Vorläufig kamen aber die Verhandlungen mit den Russen darum doch nicht vorwärts. Selbst wenn der Staatssekretär mit einem Nachgeben schließlich die Auffassung gelten ließ, daß die schon erfolgte Abstimmung der Bevölkerung in den Randstaaten ungültig sei — sich selbst gab er zu, daß dabei die kurländischen Barone recht eng mit den deutschen Militärs gearbeitet hatten —, so blieb die Selbstbestimmungsfrage, die also noch zu lösen und mit der Räumungsfrage in den beiden Provinzen verstrickt war, doch ein Problem mit tausend Tücken. Die Russen wollten sich zu Hause beraten. Auch mußte die zehntägige Frist abgewartet werden, die man der allgemeinen Friedenseinladung gegeben hatte. Czernin fuhr zum Kaiser nach Wien. In Berlin stand eine allgemeine Aussprache bevor. Dem Staatssekretär schloß sich auf der Reise der General Hoffmann an. Alle Abgesandten reisten ab.

In der Tat mußten jetzt in Berlin Beschlüsse gefaßt werden, die wichtiger waren, als die Beschlüsse Petersburgs oder Wiens. Kaiser Wilhelm wartete in Berlin. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg war mit General Ludendorff eingetroffen, um sich mit dem Staatssekretär von Kühlmann und mit General Hoffmann zu begegnen. Ein Generalstabsrat trat zusammen. General Ludendorff verbarg seine Erbitterung nicht. Er kam sogleich auf General Hoffmann zu, erregt, aufgebracht, mit entrüsteter Stimme:

„Wie haben Sie das zulassen können, daß diese Note herauskam?“

General Hoffmann pflegte selten die Fassung zu verlieren. Aber jetzt verstand er Ludendorffs Frage nicht, noch weniger die ganze Situation, aus der die Note geschaffen schien.

„Die Herren sind ja aus Kreuznach gekommen, Exzellenz. Ich habe annehmen müssen, daß das dort vereinbart worden ist.“

General Ludendorff bestritt auf das bestimmteste:

„Nein, es ist gar nichts vereinbart worden.“

Die Feststellung traf zu. Denn in Kreuznach war am 18. Dezember in der Anwesenheit des Kaisers zwar über die meisten Themen gesprochen, aber es war nichts vereinbart worden. Keine Forderung und keine Haltung. Auch über Kurland, Litauen und Polen war gesprochen, aber auch darüber nichts verabredet worden. Zwar machte Ludendorff kein Hehl aus seinem Wunsch und dem Wunsch weiter Kreise, der nach einem Besitz der Randstaaten ziele und auch den Besitz eines breiten polnischen Grenzstreifens für wichtig zum Schutze der Grenze halte, indes der Wunsch war nicht als Forderung gegeben. Ueberhaupt hatte die Besprechung den Charakter loser, unverbindlicher Unterhaltung getragen, und es hatte sogar geschie-

nen, als wollten die Generale den Diplomaten nicht voreilen. Sonst pflegte die Art des Generals Ludendorff freilich bestimmter und klarer zu sein. Aber gerade zur Randstaatenfrage war der Standpunkt des Staatssekretärs von Kühlmann, als Kurlands und Litauens Zukunft gestreift wurde, noch am klarsten gewesen.

„Ich kann meine Bedenken zurückstellen“, hatte er betont, „gegen ein Aufziehen der deutschen Fahne in den östlichen Randstaaten, aber ich würde energisch abraten, jemals die Fahne dort an den Mast zu nageln.“

Damit war seine Politik in Brest bestimmt. Er lavierte. Er wartete ab. Er wollte alle Türen offenhalten. Er hatte sich in Kreuznach nicht gebunden. Niemand hatte ihm widersprochen. Der Kaiser ihm zugestimmt. Er konnte also das allgemeine Friedensangebot, was Kreuznach anlangte, zunächst ruhig aussprechen. Aber kaum war es ausgesprochen, meldete sich Ludendorff mit Protest. Als trotz des Friedensangebotes der Zusammenstoß mit den Russen kam, sah der Staatssekretär ein, daß er militärische und politische Notwendigkeiten in den Randstaaten nicht ganz übersehen könne. Er suchte nach der Formel. Irgendwie konnte man sich vielleicht doch nach beiden Seiten einigen. Aber jetzt verlangte General Ludendorff unzweideutig den Randstaatenbesitz. Nur der Weg dazu war die Sache des Staatssekretärs. Er verlangte, daß die Fahne an den Mast genagelt werde.

Der ersten Aussprache der Generalstabsberatung folgte am Abend des 2. Januars 1918 ein Kronrat in Schloß Bellevue. Völlig einig war man noch immer nicht, namentlich was den breiten polnischen Grenzstreifen betraf, den General Ludendorff verlangte. Er war ein Gegner der „austro-polnischen Lösung“ der Polenfrage, andererseits legte er auf die gleichfalls oft erwogene „germano-polnische Lösung“, die Polen an Deutschland angliedern

wollte, nicht sehr großen Wert. Er verlangte „einen breiten polnischen Grenzstreifen“, der freilich Polen halb verstümmelte — $1\frac{3}{4}$ Millionen Polen wohnten auf dem Streifen —, wobei es dem General gleichgültig war, was der polnische Rest unternahm. Der Kaiser ging hier nicht mit dem General Ludendorff. Er hatte am Neujahrstage den General Hoffmann zum Frühstück geladen und danach einen eingehenden Vortrag über die Auffassungen des Generals zur Polenfrage erbeten. Hoffmann wünschte keinen polnischen Zuwachs für Deutschland. Wenn es nach ihm ginge, nähme er nicht einen einzigen Polen. Er selbst wäre, wenn man ihn frage, nicht nur gegen eine „germano-polnische Lösung“, sondern auch gegen einen „breiten polnischen Grenzstreifen“. Man solle genau nur so viel oder so wenig polnischen Bodens nehmen, daß moderne Geschütze nicht den Thorner Bahnhof beschießen könnten. Die gleiche Vorsorge müsse man im Bendziner Kohlengebiet in Oberschlesien, von den Höhen von Mlawa her und bei Ostrowiec treffen. Es handle sich um wenige Quadratkilometer. Rund 100 000 Polen bewohnten sie. Mehr Polentum wäre nur Unheil. . . . Da nunmehr der General Ludendorff abends in Bellevue wieder auf den breiten Grenzstreifen zurückkam, war Kaiser Wilhelm anderer Meinung. Auch der Staatssekretär hatte den Kaiser bestärkt. Er wollte auf den Polenzuwachs nunmehr endgültig verzichten, wollte sich überdies für die „austropolnische Lösung“ entscheiden, die ihm gleichfalls der Staatssekretär empfahl. Der Kaiser hatte eine Karte in den Kronrat mitgebracht, in die eine Linie eingezeichnet war; die Karte breitete er jetzt vor den Generalen und Staatsmännern auf den Tisch.

„Meine Herren, Sie finden in dieser Karte die künftige Grenze zwischen Preußen und Polen eingezeichnet, wie ich sie als oberster politischer Leiter und als Oberfeldherr für richtig halte.“

Dann motivierte der Kaiser noch:

„Ich beziehe mich dabei auf das Urteil eines ausgezeichneten und berufenen Fachmannes. Nämlich hier, des Generals Hoffmann.“

Die Grenzlinie stammte von der Hand des Generals. Der Staatssekretär hatte ihr namentlich im Hinblick auf die mögliche „austro-polnische Lösung“ der Polenfrage zugestimmt, die er, um Deutschland die bessere Stimmung des Bundesgenossen zu erhalten, für Oesterreich-Ungarn wünschte.

Aber plötzlich ergab sich ein Zwischenfall. General Ludendorff verlor ein paar Augenblicke gänzlich Form, Haltung und Ton. Eigentlich murkte er mit dem Kaiser. Oder er schrie. Seine Nerven zeigten sich unbeherrscht. Ueber seinen Kopf hinweg dürfe der Kaiser Vortrag von keinem General begehrten. Die Grenzlinie des Kaisers könne nichts Endgültiges sein. Er müsse sich dies noch sehr überlegen. Auch der Generalfeldmarschall murkte.

„Wir müssen die Angelegenheit wohl noch studieren.“

Darauf der Kaiser:

„Also erwarte ich noch Vortrag“ — —

Der Kronrat saß vor dem obersten Kriegsherrn peinlich berührt.

Allerdings hatte der Staatssekretär, selbst in offener Differenz mit Ludendorff wegen des Grenzstreifens, dem Kaiser widerraten, sich auf General Hoffmann zu berufen. Dem Ersten Generalquartiermeister schlug der Kaiser vor, doch selbst für eine Weile nach Brest Litowsk zu gehen, um all die verwickelten Probleme an Ort und Stelle zu studieren. Der Generalquartiermeister glaubte, schroff ablehnen zu sollen. Der Kronrat ging auseinander.

Der Zwischenfall hatte zur Erledigung des Grenzstreifenproblems somit nicht wesentlich beigetragen. Freilich war die Entscheidung in der ganzen Frage Polens, dessen

Ministerpräsident gerade in diesen Augenblicken den Grafen Czernin in Wien um die Erwirkung bat, daß auch polnische Abgesandte in Brest gehört würden, nicht von brennender Not. Sie blieb weiter in Schweben. Aber wenigstens, was die Randstaaten betraf, so hatte sich doch jetzt gezeigt, daß im Tatsächlichen der General Ludendorff und der Staatssekretär eigentlich gar nicht völlig gegeneinander stehen mußten. Der Staatssekretär, der mit dem allgemeinen kaiserlichen Befehl nach Brest zurückfuhr, auf dem von ihm eingeschlagenen Wege weiterzuarbeiten, wollte eine deutsche Einflußsphäre und Sicherung in den Randstaaten erreichen. Er wollte dies, nicht weil der General es wollte, sondern, weil er selbst den Zwang dazu einsah. Das Mittel zur Zielerreichung schien ihm das Selbstbestimmungsrecht. Er hoffte, den Russen dialektisch beizukommen, sie auf ihre eigenen Grundsätze festzulegen, bis sie selbst gegen den Anschluß der strittigen Gebiete nichts zu sagen vermöchten. Der Staatssekretär hatte im Friedensangebot den Verzicht auf „gewaltsame Annexionen“ ausgesprochen; aber er hoffte doch — auch wenn er einen rein russischen Breiter Frieden für ein Provisorium hielt — durch Diplomatie schließlich zu einer deutschen Schicksalsbestimmung der Ostländer zu kommen. Den Schein der Annexion wollte, mußte er dabei vermeiden. Denn er sah Deutschland im Westen von Annexionsgefahr bedroht. General Ludendorff legte auf Diplomatie weniger Wert. Ihm lag eine ohne Empfindsamkeiten ausgesprochene Annexion zweifellos besser. Er glaubte an den unbedingten Sieg. Der Staatssekretär glaubte an ihn nicht. Trotzdem näherten er und der General sich hier von verschiedener Richtung gleichwohl einer verwandten Grundlage. Nur daß der General Eile hatte, der Staatssekretär aber Zeit benötigte. Eigentlich stand man, wenn die Gegner der Mittelmächte die Friedensein-

ladung verschmähten, jetzt erst am Eingang der Verhandlungen.

Die Friedensunterhändler der Mittelmächte und ihrer Verbündeten trafen in der ersten Januarwoche des Jahres 1918 abermals in Brest Litowsk ein. Ein unerwarteter Vorschlag der Russen, den Ort der weiteren Verhandlungen in ein neutrales Land zu verlegen, war abgelehnt worden. Die Russen gaben nach und kamen wieder nach Brest. Die zehntägige Frist für das Friedensangebot an alle war abgelaufen. Kein neuer Teilnehmer aus den Reihen der Mittelmächtegegner hatte sich zum Konferenztisch gemeldet. Nunmehr handelte es sich lediglich um einen Frieden mit Rußland.

Um einen neuen Teilnehmer sah sich die Konferenz gleichwohl bereichert. Aber er kam nicht aus dem Westen: Abgesandte der Ukraine meldeten sich in Brest. Die Ukrainische Volksrepublik hatte sich unter Berufung auf das von den Russen verkündete Selbstbestimmungsrecht von Sowjetrußland losgelöst und wollte nunmehr auch ihren Frieden schließen.

Mit den Russen kam Joffe, der bisherige Führer der Sowjetabgesandten, zwar nach Brest zurück. Aber Trotzki, der russische Außenminister, hielt die kommenden Verhandlungen für so wichtig, daß er selbst sie leiten wollte. Vielleicht glaubte er, daß Joffe der Arglist der Mittelmächte, die für ihn im Unterschied zwischen Friedensangebot und realer Forderung bestand, nicht ganz gewachsen sei. Und wenn sein Plan, die Konferenz nach Stockholm zu verlegen, weil er von einem Podium in neutralem Lande seine besonderen Ideen besser der Welt darlegen konnte, schon gescheitert war, so wollte er wenigstens in eigener Person das Podium in Brest betreten. War Joffe ein Mann gutmütigen Anscheins gewesen, der

mit sanftem Blick und sanftem Ton dem Grafen Czernin die Hoffnung aussprach, die ganze Welt bald in Revolutionsstürmen zu sehen, so schien Trotzki ein Mann von schwermütig blasser, selbstverzehrter, dennoch fanatisch zäher Prophetie. Und nicht nur die Männer hatten gewechselt. Auch die Methoden und die Atmosphäre waren jetzt bei den Russen anders. Sie hatten sich fortan abzuschließen. Die zwanglosen Zwischenunterhaltungen, die, „à trois“ und „à quatre“, nicht ins Protokoll gekommen waren, hatten aufzuhören. Der Staatssekretär von Kühlmann meinte: „Er steckt sie alle ins Kloster.“ Selbst während der Sitzungen durfte kein Russe sprechen, dem Trotzki es nicht hieß.

Trotzki selbst zeigte sichtlich den größten Eifer. Er arbeitete unablässig und kam zu jeder Beratung nach sorgfältigster Vorbereitung. Dennoch kam man im Programm nicht vorwärts. Mehr als die Anerkennung, daß auch die Ukrainer als selbständige Abordnung an den Verhandlungen teilnehmen könnten, war vom russischen Außenminister nicht zu erreichen. Obzwar gerade Trotzki nicht wenig sprach. Er spannte seine Themen ins Allgemeine. Das Selbstbestimmungsrecht war ihm zunächst noch nicht der Boden, auf dem mit den Mittelmächten gearbeitet werden sollte; zunächst war das Selbstbestimmungsrecht nur ein Motiv zu allgemeinen Ausführungen, die die neue Weltordnung der Sowjetideale weithin eindringlich machen sollten und sich in der Kritik der alten Ordnung über alle Länder und über Jahrhunderte verlor. Es wurde stets unverkennbarer, daß der russische Außenminister vorläufig überhaupt noch nicht zur Sache des Sonderfriedens sprechen wollte: er sprach, mit großem Schwung und im Innersten durchglüht, der überzeugte Heiland eines erst von ihm begriffenen, nahenden Zeitalters zur ganzen Welt, die er horchen machen wollte.

Er sprach dabei, da ihm die breitere, Stockholmer Rednertribüne versagt blieb, eben aus dem Fenster von Brest Litowsk. Aber die Verhandlungen kamen nicht weiter. Für ihren Gang besagte die Ordnung von Zwischenfällen nichts, wenn etwa aus Rußland aufreizende Funksprüche an die deutschen Truppen geschickt wurden, die General Hoffmann sich verbat und die Trotzki selbst nicht zu billigen schien. Die Diplomaten sahen der neuen Art Trotzkis mit Nachsicht zu. Ohne daß sie selber wußten, wie dies zuging, war er der Mittelpunkt von Brest Litowsk geworden, um den alles sich drehte. Eine Reihe von Tagen verging. Man war nicht um einen Schritt weitergegangt. Jetzt fand General Hoffmann, daß endlich in wirkliche Verhandlungen eingetreten werden müsse, und die Diplomaten gaben ihm recht. Der General erbot sich, die Russen darauf hinzuweisen, daß man nunmehr tatsächlich verhandeln wolle. Daß es keinen Zweck hätte, die Zeit mit allgemeinen Aussprachen zu vergeuden. Der General wollte positive Wege schaffen, er war ein nüchterner Rechner des Tatsächlichen und er sah, daß die Diplomaten mit dem russischen Außenminister noch zaghafter umgingen als mit einem weichen Ei, und, daß sie nichts damit erreichten. Der Staatssekretär und Graf Czernin waren völlig einverstanden, daß der General mit einem deutlichen Hinweis auf die Verhältnisse zur Arbeit dränge; abgesehen von der Zweckmäßigkeit einer solchen Intervention vermeinte der Staatssekretär, auch noch die Stellung des Generals festigen zu können, dessen Beziehungen zu General Ludendorff er seit dem Kronrat in Bellevue gespannt sah. In Wahrheit konnte man sie nicht mehr als gespannt bezeichnen, denn die Beziehungen zwischen General Ludendorff und General Hoffmann waren seither abgerissen. General Ludendorff hatte von Hoffmann, da er, ohne vorher seine Genehmigung nachzusuchen, auf

kaiserlichen Befehl aus dem Stegreif jenen Vortrag über Polen gehalten, die Demission verlangt. Der Wille des Generals Ludendorff war, daß General Hoffmann eine Division an der Front übernehme. Ein Befehl des Kaisers hatte dann aber den Verbleib Hoffmanns auf seinem wichtigen Posten verfügt, auf dem er tatsächlich unentbehrlich schien. Allerdings brach Ludendorff jeden unmittelbaren Verkehr mit Hoffmann ab, seine Weisungen kamen von da ab dem General durch Ludendorffs Generalstabsoffizier zu. Der Staatssekretär hatte den Eindruck, daß General Ludendorff dem Stabschef des Prinzen Leopold keineswegs gewogen sei, daß er wohl auch die allgemeine Kenntnis davon besorge, wie wesentlich, wie groß, wie entscheidend die schöpferischen militärischen Anteile des Generals Hoffmann im Kriege an der ganzen deutschen Ostfront wären, vom Tage von Tannenberg an gerechnet, und daß General Ludendorff in diesem vielleicht begabtesten, unzweifelhaft bedeutenden deutschen General seinen eigenen, möglichen Nachfolger fürchtete. Aus all diesen Gründen wollte der Staatssekretär seinen Mitarbeiter stützen, dem dann das Verdienst zufiele, die Verhandlungen vorwärts gebracht zu haben; indes der General, der die Macht des Kaisers hinter sich wußte, gerade nichts für sich fürchtete und den Diplomaten helfen wollte.

„Werfen Sie mir doch morgen den Ball zu,“ forderte der General den Staatssekretär auf, „so kann das doch nicht weitergehen! Erklären Sie: der General Hoffmann hat das Wort.“

Das Stichwort war vereinbart. Auch Czernin stimmte zu. Der General ließ für seine Ausführungen allerlei Belege von seinen Offizieren zurechtlegen. Er wollte sachlich, höflich, indes entschieden sein. Am nächsten Tag hielt Kamenew, einer der russischen Abgesandten, eine

unerwartet von Trotzki anbefohlene Rede. Allerdings sprach sie mit den Mittelmächten in etwas hochfahrendem Ton und ungefähr so, als stünden Sowjetheere vor den Toren Berlins. Die Vertreter der Mittelmächte schwiegen in ziemlicher Verstimmung. Endlich erklärte der Staatssekretär von Kühlmann:

„Der General Hoffmann hat das Wort.“

Der General hatte unzweifelhaft einen roten Kopf bekommen. Was er jetzt sagte, war weniger sanft, als deutlich. Er vertrat den Standpunkt, daß die Russen schließlich doch die Situation verwechselten. Daß diese Situation doch so sei, daß die Heere Deutschlands tief in Rußland stünden. Daß gerade sie über brutale Macht sich nicht gut beklagen könnten, die ihre Gegner mit Maschinengewehren eben in Minsk auseinanderjagten. Und es keinen Zweck hätte, die Zeit nutzlos zu vergeuden. Daß es anders besser wäre, Schluß zu machen, statt, wie bisher, fortzufahren.

Die Rede des Generals war um einige Grade härter ausgefallen, als von ihm, der sich von Kamenews Rede gereizt sah, beabsichtigt war. Aeußerlich wurde sie in ruhigster Form vorgebracht, es fehlte ihr jede unterstreichende Geste, es fehlte ihr auch völlig der historische Faustschlag auf den Tisch, der schon am Tage nach der Rede des Generals ein Mythos, wie die Sümpfe von Tannenberg, als eine Begleiterscheinung von unbekannter Erfindung die Runde durch die Welt machte. Praktisch war der Wert der Rede Hoffmanns geringer, als er selbst gedacht hatte. Der Staatssekretär hatte bemerkt, wie Trotzkis dunkle Augen aufleuchteten, als der General sprach: auf alle Fälle konnte er versuchen, die Generalsrede agitatorisch auszumünzen. Es war schwer, dem russischen Außenminister beizukommen. Die Hoffnung des Staatssekretärs, dialektische Erfolge zu erzielen, bot vorder-

hand wenig Aussicht. Trotzki sprach entweder als Dichter, als Idealist, kam es zur Debatte überhaupt, so entwickelte er rabulistische Begabung, von der sich die bisherige Technik diplomatischer Schulen nichts träumen ließ. Der österreichisch-ungarische Außenminister, dessen Nerven sich nicht in einem wünschenswert ruhigen Zustande befanden, vermochte gleichfalls nicht ein Mittel zu finden, um das Rad vorwärtszudrehen. Er machte dem Staatssekretär noch einmal kein Hehl daraus, daß er sich im Notfalle Sonderverhandlungen für Oesterreich-Ungarn vorbehalte. Und ohne den Staatssekretär oder den General zu verständigen, versuchte er in seiner Nervosität wirklich einmal eine heimliche Aussprache mit Trotzki unter vier Augen. Der Grandseigneur Czernin glaubte im Ernst, daß er, in Anlehnung an überholte, herkömmliche diplomatische Mittel, von Antlitz zu Antlitz mit dem Russen, der die Welt umstürzen wollte, etwas erreichen könne. Aber Trotzki lächelte über den Grafen Czernin, den er als einen Staatsmann von „sekundärer Bedeutung“ ansah, er lächelte über ihn mit der gleichen Genugtuung, wie über das Auftreten des Generals, den er möglichst zu reizen versuchte, um aus seinen Antworten für sich Tendenzwaffen vor aller Welt zu schmieden. Dem russischen Außenminister war schwer beizukommen.

Die Verhandlungen gingen, trotz Hoffmanns Rede, weiter als reine Theorie. Dem General hatte Ludendorff sagen lassen, daß er die Rede billige. Offenbar versuchte Ludendorff Annäherungen. Ihm ließ der General Hoffmann sagen, „es ginge nicht, daß ihn, der in Brest als Fels im Sturm stehen müsse, der Generalquartiermeister schneide“. Die Situation in Brest Litowsk war so, daß der Staatssekretär mit seiner Dialektik noch immer keine Fortschritte zu machen vermochte und daß das Große Hauptquartier, das Eile hatte, um Truppen freizubekommen, über das schle-

pende Tempo ergrimmt war; daß zwischen dem Vertreter des Großen Hauptquartiers in Brest und den Maßgebenden im Hauptquartier selbst keine unmittelbare Verbindung bestand; daß Graf Czernin mit der russischen Seite Befprechungen anbahnte, wovon die deutsche Seite nichts wußte; daß die Rede des Generals Hoffmann und ihr Appell an die realen Verhältnisse nichts genutzt hatte; und daß endlich Trotzki als Beherrischer des Plans mit seinen Methoden fortführte. Dem General Hoffmann verschleierte Ludendorffs Anerkennung nicht die Situation. Er selbst sah ein, daß sein Eingreifen keinen Fortschritt erzwungen hatte. Schon vor der Rede hatte er den Grafen Czernin auf die Möglichkeit hingewiesen, daß man vielleicht mit den Ukrainern zu gesonderten Friedensergebnissen gelangen, daß man die Ukrainer vielleicht gegen die Russen auszuspielen vermöchte. Er hatte dem Grafen Czernin seinen Mittlerdienst bei den Ukrainern angeboten. Er bot ihn noch einmal an. Die Anwendung der Macht war selbst für den General erst die Ultima ratio in Brest. Zunächst wollte er jetzt zusehen, ob der Gegner nicht durch Spaltung zu besiegen war.

Dem Grafen Czernin waren von allen Abgesandten, mit denen er zu verhandeln hatte, die Ukrainer am wenigsten sympathisch. Er fand die überaus jungen Leute, die über die ersten Studentenjahre kaum hinaus sein konnten und dennoch als Beauftragte der Kiewer Zentralrada sich vorstellen durften, in ihren Manieren schlecht und im ganzen Gebaren anmaßend und hochmütig. Er verhandelte mit ihnen, die ihre Stellung zu den russischen Bolschewiken vorerst nicht zeigten, gar nicht oder nur sehr wenig, was nicht dazu beitrug, aus den an sich verschlossenen Menschen herauszubekommen, was sie sich als Friedensbasis für die Ukraine eigentlich dachten. Czernin war

ohne weiteres einverstanden, daß General Hoffmann die Verhandlungen mit ihnen einleite, damit ihr Standpunkt kenntlich werde. Zögernd gestanden sie endlich dem General, daß die ukrainischen Forderungen auf den Besitz des Cholmer Gebietes, Ostgaliziens und der rutenischen Bukowina zielten. Von sich aus sagte ihnen General Hoffmann seine Unterstützung in bezug auf eine Zusprechung Cholms an die Ukraine zu. Der General hielt nichts von der Möglichkeit eines selbständigen polnischen Staates, hatte nie etwas davon gehalten und glaubte auch für keine Zukunft daran. In bezug auf Ostgalizien und die rutenische Bukowina war seine Antwort kategorisch, derber im Ton, als ihn sonst der eher malitiöse, in seinen Charakteristiken boshaft, dabei geistreiche General liebte. Sie wären verrückt, ließ er durch Major Hey den Ukrainern verdolmetschen, wenn sie glaubten, daß man auf einer Basis Frieden schließen könne, die österreichisch-ungarisches Gebiet abtrete. Die Ukrainer brachen die Unterredung ab. Sie müßten sich Weisungen aus Kiew holen.

Der österreichisch-ungarische Außenminister aber saß um die gleiche Zeit über Depeschen und Briefe gebeugt, die er aus Wien empfing und nach Wien gehen ließ. Mitten in den Brester Verhandlungen traf ihn die Nachricht, daß die österreichisch-ungarische Hauptstadt vor einer Lebensmittelkatastrophe stehe, überdies wurden ausgedehnte Streiks gemeldet. Der Minister müsse Hilfe schaffen. Da Ungarn nur wenig abgeben könne, aus Rumänien nur ein beschränktes Maß an Mais zu erwarten sei, vermöchte nur Deutschland das Schlimmste abzuwenden. Der Minister tat, was er konnte: er sprach mit dem Staatssekretär, der selbst voll guten Willens und voll Hilfsbereitschaft war, aber pessimistisch auf die verfügbaren Lebensmittelmengen Deutschlands sah. Graf Czernin depeschierte Kaiser Karl den Rat, Kaiser Wilhelm

selbst um die Veranlassung deutscher Aushilfe zu bitten, nicht ohne bittere Worte über die verantwortlichen Stellen der Wiener Ernährungsbehörden. In seiner Brester Arbeit fühlte der Minister sich durch den Zwischenfall empfindlich gestört.

Wenn Oesterreich-Ungarn deutsche Aushilfe so dringender Art brauchte, so konnte sein Vertreter keinesfalls mehr mit Sonderverhandlungen und allenfalls einem Sonderfrieden der Monarchie mit den Russen drohen, um die Ansprüche des Großen Hauptquartiers herunterzudrücken. Damit war es jetzt vorbei. War aber die Schwierigkeit daheim wirklich so groß, mußte das ukrainische Getreide, das man vom Friedensschluß mit der Rada erhoffte, wirklich schon in nächster Zeit eingebracht werden, so mußte der Frieden um jeden Preis beinahe geschlossen werden. Kaiser Karl hatte dem Minister zwar eine Instruktion in solchem Sinne ohnedies mitgegeben: aber als Waffe gegen deutsches Uebermaß. Fast seit Jahresfrist hatte Graf Czernin, mündlich und schon im April 1917 in einer Denkschrift, dem Kaiser immer wieder vorgestellt, „daß im Spätsommer oder Herbst um jeden Preis Schluß gemacht werden müsse“. Ihm war die kaiserliche Instruktion für Brest zum wenigsten recht, wenn er, der sich sein Amt nicht ohne eine Gesamtvermündschaft über den Kaiser dachte, sie nicht selbst angeregt hatte, um sich auf höheren Befehl nach außen berufen zu können. Jetzt aber standen die Dinge so, daß der Minister mit seinem Schachzug auf die Deutschen keinen Eindruck machte, daß er ihn überhaupt nicht führen konnte, daß die ukrainischen Abgesandten von den Wiener Verlegenheiten und Unruhen erfuhren, überdies vielleicht, da nichts in der Umgebung Kaiser Karls ganz geheim zu bleiben pflegte, Kenntnis von dem kaiserlichen Friedenswillen um jeden Preis bekamen. All dies in dem Augenblicke, da der

Minister wirklich den ukrainischen Frieden haben zu müssen glaubte.

An der Haltung der Ukrainer merkte er bald ihren Ueberblick über die Umstände. In ihren Forderungen hatte sie erst General Hoffmann wankend gemacht, dann kamen sie mit dem Kiewer Bescheid zurück, daß außer dem Besitz von Cholm die Schaffung eines selbständigen rutherischen Kronlandes unter den Habsburgern die Friedensbedingung sei, von der sie nicht mehr weichen wollten. Graf Czernin stand vor bittersten Entschlüssen. Wenn er Cholm an die Ukraine gab, so hatte er nicht nur die Polen gegen sich, deren Rolle sicher nie die kleinste war in Oesterreich. Auch das Selbstbestimmungsrecht war gewaltsam durchrißsen. Gerade mit der Zustimmung zu einem Selbstbestimmungsrecht aller außerhalb der Monarchie war er nach Brest gekommen. Dadurch hätten später eben die Polen für Habsburg gewonnen werden sollen, denen er die Selbstbestimmung jetzt zerriß. Wenn er aber in die Schaffung eines rutherischen Kronlandes über Forderung der Rada einwilligte, so trug er als erster die Selbstbestimmungsfrage unmittelbar unter die Völker Oesterreichs, obzwar er schon in dem Augenblicke, da er Joffe kennen lernte, dem Russen bedeutet hatte, daß die Selbstbestimmung der Völker Oesterreichs ein Kapitel sei, an dem er keinesfalls röhren lasse. Wenn er die ukrainischen Forderungen erfüllte, so konnten die Folgen unabsehbar sein. Alles, womit er nach Brest gekommen war, sah der Minister wanken. Alles um ihn stürzte. Der Staatssekretär von Kühlmann hielt sich, da er die zwiespältigen Zukunftsergebnisse einer solchen Befriedigung der Ukrainer erkannte, den Gesprächen mit Betonung fern. Ratgeberschaft lehnte er hier ab. Mit dem genauen Gegenteil dessen, was er erstrebt hatte, mußte Czernin nach Hause kommen. Er sah sich hundert-

fach verstrickt. Die Nerven warfen ihn zwei Tage lang aufs Krankenlager. Dann wählte er, indem er sich zwang, nur das sprechen zu lassen, was jetzt Realität und wichtigste Lebensbedürfnisse ihm zu diktieren schienen, unter den vielen Uebeln nicht das Kleinste. Er kapitulierte. Er autorisierte den General Hoffmann, mit den Ukrainern auf der Basis ihrer Forderungen zu einem Abkommen zu gelangen.

Mit dem russischen Außenminister aber gingen die Verhandlungen fort, wie sie bisher gegangen waren. In den Randstaaten sollte die Bevölkerung selbst abstimmen. Die Russen wollten nicht zugeben, daß das Selbstbestimmungsrecht dort geübt werde, so lange die beeinflussenden deutschen Truppen im Lande wären; die Deutschen gaben nicht zu, daß nach einem Abzug der Truppen die Bolschewiken wirksam sein sollten, wie es ihnen behagte. Ueber den Ausweg, Vertreter der Randstaaten nach Brest zu holen und sie selbst zu befragen, konnten die Parteien sich nicht einigen. Dem russischen Außenminister paßten die Vertreter nicht, an die Deutschland glaubte, sich halten zu müssen, den Deutschen aber paßten Trotzkis Männer nicht. Auch war der russische Außenminister, obwohl er die Selbständigkeit der ukrainischen Abgesandten bereits anerkannt hatte, doch plötzlich der Meinung, daß sie in der Frage der von Oesterreich-Ungarns Truppen besetzten, ehemals russischen Gebiete nicht selbständig mit den Mittelmächten verhandeln dürften, da die Grenzen zwischen der neuen Ukraine und Sowjetrußland noch nicht genau genug festgelegt wären. Eine Auffassung, die die Abgesandten der Ukraine bestritten. Jedenfalls hielt Trotzki abermals eine Beratung der russischen Regierung in Petersburg für nötig. Er teilte mit, daß innerpolitische Angelegenheiten ihn nach Hause riefen. Und reiste

ab. Der Staatssekretär von Kühlmann benutzte die neue Pause, um dem Reichstag in Berlin über den Stand der Dinge zu berichten. Graf Czernin fuhr nach Wien.

Je länger Czernin seine Situation überdachte: die Verantwortung für Beschlüsse von solcher Tragweite, wie sie der Zusage an die Ukrainer für Oesterreich-Ungarn zukam, wollte er allein nicht übernehmen. Zwar hatte er den General Hoffmann zu Verhandlungen auf der bezeichneten Basis bereits autorisiert, aber er legte nach einer Wiener Ministerratssitzung, in der Oesterreichs Ministerpräsident die Notwendigkeit sofortigen Friedensschlusses mit der Ukraine betont und Graf Czernin, vom Beifall des Ministerpräsidenten begleitet, vom Widerspruch des ungarischen Premiers und des Finanzministers unbearrt. selbst noch einmal jeden andern Ausweg bestritten hatte, doch Wert auf eine Selbstsicherung: „Die österreichische Regierung war daher von dem mit der Ukraine projektierten Abkommen nicht nur rechtzeitig verständigt; es erfolgte dasselbe vielmehr auf ihren direkten Wunsch, auf ihre Ingerenz und unter ihrer Verantwortung.“ Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußersten kehrte nach Brest Litowsk mit dem festen Vorsatz zurück, wenigstens den Frieden mit der Ukraine jetzt zu unterschreiben.

Allerdings wartete in Brest Litowsk bereits eine neue Schwierigkeit. Mit dem russischen Außenminister, und zwar in seinem Gefolge, waren zwei weitere ukrainische Abgesandte eingetroffen, Medwiediew und Schachrei, deren Auftraggeber nicht die Kiewer Zentralrada, vielmehr die bisher ungenannte, ungekannte und nicht vertretene „Regierung der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten der ukrainischen Volksrepublik“ war. Volkskommissar Satonski, der dritte Beauftragte der Räte, sei, unter die russischen Volkskommissare aufgenommen, in

Petersburg zurückgeblieben. Ueberhaupt vertrat der russische Außenminister die Auffassung, daß die Selbständigkeit der Abgesandten der Rada eingeschränkt werden müsse, denn die wirkliche Macht in der Ukraine sei keineswegs mehr bei der Rada, vielmehr bei den Räten, deren Sprecher daher vor allem gehört werden müßten. Sowrjuk und Lubjinski, die beiden ukrainischen Sozialrevolutionäre, beide unversöhnliche Gegner Trotzkis, erhoben sofort, als die Bevollmächtigten der Rada, Widerspruch gegen eine solche Darstellung angeblich verschobener Situation. Aber ganz abgesehen davon hatte weder der Staatssekretär von Kühlmann, noch Graf Czernin große Neigung, die bereits gerettet geglaubte ukrainische Angelegenheit neuerlich durch Trotzkis Schachzug matt setzen zu lassen. Der russische Außenminister hätte ja selbst am 12. Januar die ukrainische Abordnung anerkannt.

„Sie schließen einen Frieden“, erwiderte jetzt Trotzki, „mit Delegierten ohne Land. Denn das einzige Gebiet, über das sie noch verfügen, sind die Zimmer, die sie in Brest Litowsk bewohnen.“

Aber sowohl der Staatssekretär von Kühlmann, als auch der Graf Czernin hielten an der von Trotzki einmal gegebenen Anerkennung der Radabevollmächtigten fest und somit auch an der Anerkennung der Rada als der wirklichen Macht in der Ukraine. Und wenn Rußland als Ganzes, wie der russische Außenminister darstellte, sich inzwischen zu einem Bund föderativer Republiken entwickelte, deren jede ihre Grenzen nur mit Zustimmung auch Sowjetrußlands regeln könne, so stand dagegen wieder der soeben vorgebrachte Vorschlag der Radabevollmächtigten, „die ukrainische Republik als einen durchaus selbständigen und von niemand abhängigen Staat formell anzuerkennen“. Die Abgesandten der Mittelmächte beschlossen, den Frieden mit der Ukraine auf alle Fälle zum

Ende zu bringen. Nur über die Taktik, die dann weiterhin gegenüber den Russen einzuschlagen war, wollten der Staatssekretär und Graf Czernin sich noch in Berlin mit Ludendorff besprechen. Aber die Taktik des Generals war die alte: zu einem Ziele mit Trotzki zu kommen. Von seinem „Entweder — Oder“ brachte ihn jetzt weder der Staatssekretär, noch ein Zusammenstoß mit Czernin ab, der fortan für Oesterreich-Ungarn verbrieft Freiheit forderte, nicht mehr für Erwerbungen weiterkämpfen zu müssen, die Deutschland vor dem Kriege nicht besessen hätte. Ludendorff glaubte weder an die Dialektik des Staatssekretärs, noch an die diplomatische Kunst des Grafen Czernin. Er wollte ein Ende sehen. Er brauchte Truppen für Frankreich. Drei Tage sollte Trotzki noch Zeit gelassen sein.

Aber die Frist war doch noch kürzer. Alles in Brest Litowsk drängte, jetzt im ersten Drittel des Februar, dramatischer Entladung zu. Die Diplomaten waren aus Berlin noch nicht recht zurück, als der Staatssekretär eine Depesche Kaiser Wilhelms erhielt. Ein russischer Funkspruch an die deutschen Truppen sei soeben wieder aufgefangen worden, sie würden darin zur Ermordung ihrer Offiziere aufgehetzt. Der Staatssekretär solle Trotzki ein vierundzwanzigstündiges Ultimatum stellen. Ueberdies müßten die Russen, von Kurland und Litauen abgesehen, auf Livland und Estland verzichten.

Aus Livland und Estland waren Abordnungen vor dem deutschen Kaiser erschienen. Sie hatten um Schutz vor bolschewikischem Schreckensregiment gebeten. Der Kaiser wollte sich ihrer annehmen. Aber die Selbständigkeit des Staatssekretärs hatten die Ratgeber, die den Kaiser zu der neuen Forderung bewogen hatten, doch völlig unterschätzt. Der Staatssekretär ließ das Ultimatum des Kaisers

liegen. Er gab es nicht ab. Er ging sogar um einen Schritt weiter und depeschierte an Kaiser Wilhelm in unzweideutiger Sprache zurück, daß er, wenn man auf dem neuen Standpunkt beharre, einen neuen Staatssekretär berufen müßte. Er warte am gleichen Tage auf Entscheidung bis halb fünf Uhr. Die Entscheidung kam nicht. Der Staatssekretär ging über das Ultimatum zur Tagesordnung über.

Gleich darauf kam der endgültige Friedensschluß mit der Ukraine zustande. Er schien die Russen als ein schwerer Schlag zu treffen. Obgleich Trotzki sich weigerte, ihn anzuerkennen, obgleich er dem Grafen Czernin gegenüber nochmals und immer wieder betonte, daß ihre Methode, eine Abstimmung in den Randstaaten durch Vertreter herbeiführen zu lassen, denen sowohl deutsche, als auch bolschewistische Anhänger beigemischt sein könnten, „brutale Annexion“ bedeute: so hatte der Staatssekretär von Kühlmann dennoch unmittelbar nach der Unterzeichnung mit den Ukrainern das Gefühl, daß auch mit der russischen Abordnung noch eine Einigung erzielt werden könnte. Den Staatssekretär ließ der russische Außenminister anfragen, ob es denn keine Möglichkeit gebe, Riga und die vorgelagerten Inseln, deren beider Besitz den unerlässlichen Schutz von Petersburg ausmache, für Rußland zu erhalten. Admiral Altvater, einer der militärischen Sachverständigen der Russen, fragte in Trotzkis Auftrag dezidiert:

„Läßt sich denn kein Mittel finden, um diese Frage auszuschalten?“

Er meinte: aus den Ansprüchen Deutschlands. Der Admiral und alle russischen Sachverständigen, die für das Thema in Frage kamen, verhandelten auf Trotzkis Befehl mit den deutschen Fachleuten einen ganzen Tag. Der

russische Außenminister hatte plötzlich Eile und plötzlich schien es ihm Ernst. Der Staatssekretär aber, der den Gang aller Verhandlungen bisher und die ganzen Verhältnisse, unter denen sie sich abspielten, bei allen Parteien mit Bismarcks Ausdruck als „zwangsläufig“ betrachtet hatte, der Staatssekretär von Kühlmann faßte den Entschluß, wenn irgendwann, so jetzt die „Zwangsläufigkeit“ zu durchbrechen. Er wollte Riga und die Inseln den Russen gegen die Generale durchsetzen — oder wenigstens an eine Neutralisierung des Gebietes dachte er —, wenn Trotzki Frieden machte. Durch den Gesandten von Rosenberg bat er sich von ihm die Friedensbereitschaft schriftlich aus, wenn sein Wunsch erfüllt würde. Auf Trotzkis Schriftstück wollte er sich stützen, mit Trotzkis Schriftstück wollte er seine Haltung in all den Fragen festigen, stärker, als kürzlich durch die schriftliche Versicherung Czernins, daß Oesterreich-Ungarn auch abseits gehen könne. Der Gesandte von Rosenberg gab seine Aufforderung weiter. Aber Trotzki schwankte schon wieder. Trotzki zögerte. Riga war eine deutsche Stadt. Auch wenn die Sowjet herrschaft sie brauchte: Trotzki selbst verletzte jetzt das Selbstbestimmungsrecht zugunsten sowjetischer, militärischer Ziele. Er hatte sich schon zu weit gewagt. Er schreckte davor zurück, den Preis auch noch schriftlich zu nennen. Besser war es für ihn, abermals zu ent schlüpfen. Zum Fenster hinausgesprochen hatte er genug. Er mußte loskommen und irgendwie herauskommen aus der Situation, in die ihn, indem sein Einfluß und seine Macht versagt hatten, der Sonderfrieden der Ukraine gebracht hatte. Und seinen Reden und Gesten am Fenster von Brest Litowsk, vor dem sich, so lange er auch wartete, die Weltrevolution des idealistischen Fanatikers nicht einstellen wollte, entsprach nur ein blendender, unerwarteter, weithin sichtbarer Coup. Einen Friedensvertrag un-

terzeichnete Trotzki nicht. Aber am 10. Februar verkündete er in Brest: „Rußland gebe den Krieg auf und benachrichtige hiervon alle Völker und ihre Regierungen“. Er schicke die russischen Armeen nach Hause. Der Krieg sei zu Ende — —

Die Verblüffung war allgemein. Die Diplomaten berieten untereinander. Schließlich war ihre Auffassung, sich auch mit solchem Abschluß abzufinden. General Hoffmann protestierte. Von einem Friedensschluß wäre hier auch nicht die Spur. Die Kündigung des Waffenstillstandes erfolge automatisch. In acht Tagen gehe der Krieg weiter. Der General drang nicht durch. Der Gesandte von Wiesner, einer der Mitarbeiter des Grafen Czernin, der schon einmal — in Serajewo 1914 — ein Telegramm von seltener Unorientiertheit und voll von Widersprüchen in die Welt gesetzt hatte, depeschierte nach Wien in überstürzter Eile, der Friede mit Rußland sei geschlossen. Die Depesche mußte widerrufen werden. Selbst die Radiostationen der Russen sprachen nach allen Richtungen: „Achtung. Die Verbreitung des Funkspruches von Krylenkow über den Frieden ist sofort einzustellen“. Der Staatssekretär von Kühlmann wurde nach Homburg gerufen. General Ludendorff verlangte dort die Waffenstillstandskündigung vor Kaiser, Kanzler und Vizekanzler, die schließlich dem General beistimmten, indes der Staatssekretär schon aus der Auffassung dagegen blieb, daß jeder militärische Aufwand für den Osten künftig zu sparen sei. Er blieb dagegen auch noch mehr mit Rücksicht auf Oesterreich-Ungarn, als auf eigene innerpolitische Stimmungen, er fürchtete von dem Fortgang des russischen Krieges ungünstige Rückwirkung auf den Bundesgenossen, dessen Haltung zu Deutschland er schwankend sah. Ohne Oesterreich-Ungarn oder, wenn dort die

Situation unhaltbar wurde, sah er Deutschlands Sache hoffnungslos. Und Oesterreich-Ungarn wollte vom russischen Kriege nichts mehr wissen. Aber der Staatssekretär wurde überstimmt. General Ludendorff erhoffte jetzt den Rücktritt des ihm längst unbequemen Gegners, dessen Ansicht über die Wichtigkeit der österreichisch-ungarischen Dinge er gleichfalls nicht teilte, aber der Staatssekretär, der sich an sein Amt nicht herangedrängt hatte, der, pessimistisch über die Verwicklung der Mittelmächte und ihren Ausgang, dem Ruf nur gefolgt war, als die ausgesprochene Bitte des Kaisers ihn unterstrich, der Staatssekretär, der wohl die Kabinettsfrage aufzuwerfen verstand, wenn er — er hatte das in Brest vor einer Woche bewiesen — die eigene Verantwortlichkeit zu wahren hatte: der Staatssekretär fand in der Kündigungsfrage keinen Anlaß, seine Arbeit fortzuwerfen, die er für das Reich noch nützlich erachtete.

„Ich opponiere, aber ich halte die Frage für nicht wichtig genug, um daraus für mich Konsequenzen zu ziehen“ — —

Kanzler und Vizekanzler saßen da. Ihre Verantwortung war die Entscheidung. Der neue Krieg mit Rußland ging weiter. In zwei Tagen standen die deutschen Truppen am Peipussee. Dann brach der Vormarsch ab, denn Rußland unterzeichnete den Friedensvertrag bedingungslos. Noch einmal fuhren die Russen nach Brest. Der Kriegszustand zwischen Vierbund und Rußland war beendet. Die Randstaatenfrage war jetzt erledigt: die Gebiete würden „der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen . . . Rußland verzichte auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Oesterreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen“. Der Krieg mit Rußland war wirklich aus. Nur der Frieden

jetzt ein Diktat geworden, über das die Russen jede weitere Verhandlung ablehnten. Die Konferenz von Brest Litowsk ging endgültig auseinander.

Drei Gruppen hatten an ihrem Tisch gesessen, jede ohne Brücke nach rechts und links, jede beschäftigt und benommen nur von ihrer Welt. Die Russen hatten ein Weltprogramm gebracht: der Friede selbst war ihnen nur halb so wichtig. Die Russen kamen nach Brest als Sprecher und Kinder neugeborener Idee. Die Realität übersahen sie mit Absicht in einem Kampf, den sie lediglich mit geistigem Einsatz und für geistigen Erwerb führten. Die Deutschen sprachen zu ihnen zuletzt als Träger von Sieg und Macht. Gerade dem geistigen Programm des neuen Rußlands sagten sie übrigens besondere Fehde an. Es waren zwei Welten, fremd und feind; sie haßten einander in Unversöhnlichkeit. Dann war noch ein Dritter da: Oesterreich-Ungarn. Bekümmert hörte es, beängstigt den neuen Evangelien zu, die die Russen kündeten. Bekümmert sah es auf den Bundesgenossen, der noch von Waffenglanz verschollener Stile träumte. Bekümmert und beängstigt stand, erregt zwischen fanatisierten Idealisten und zugreifenden Soldaten, Oesterreich-Ungarn inmitten trüber Wirklichkeiten. Jeder verhandelte. Aber jeder stand für sich, jeder wollte oder konnte nur für sich stehen. So wurden die Verhandlungen nach dem Bismarckzitat des Staatssekretärs von Kühlmann „zwangsläufig“. Und als die Konferenzteilnehmer nach Hause fuhren, wußte vielleicht keiner ganz genau, wie sehr symbolisch diese Verhandlungen doch gewesen waren: ein Zeichen — ein Warnruf — eine Ansage — —.

Den Russen wollte die Weltrevolution nicht als der erwartete Helfer kommen. Sie sahen nach berauschtem Aufstieg jetzt Dämme, die ihre Ideen doch nicht überstiegen.

Zum Schlusse unterschrieben sie, um vor der Weltoberung wenigstens daheim bestehen zu dürfen, durchaus reale, sachliche Dinge. Um Riga und die Vorinseln hatten sie heimlich sogar nationalistischen Wünschen die Zügel gelassen, sie waren sich — flammende Selbstbestimmungsverfechter — selbst treulos geworden. Am Tor der Völkerfreiheit, die sie bringen wollten, riefen sie zum Schluß ein Wort der Militärs. Am Tor der Völkerfreiheit, an dem sie Ideen zeigen wollten, begehrten sie zuletzt die Freiheit von Forts und Kanonen zu Petersburgs Schutz. Sie kamen mit einer Niederlage heim. Nicht weil sie hatten unterzeichnen müssen. Aber weil die neuen Ideen flügelnahm wurden zum erstenmal. Sie eroberten nicht im Flug: Grenzen spürten sie. Und mußten heimkehren, um sich selbst zu schützen. Unklar zeigte sich die Zukunft. Vielleicht kam einmal für die Bolschewiken Sieg. Soviel aber stand fest: Hindernisse gab es auch für geistige Waffen. Vielleicht konnte es einmal auch Niederbruch geben. Ein reiner Triumph war Brest nicht für sie gewesen. Sie zogen in Zukunft, die dunkel blieb.

Aber Grenzen waren auch für die Deutschen da. General Ludendorff übte jetzt die Macht. Indes, er hatte Eile. Er brauchte Truppen. Im Westen wollte er Entscheidung suchen: durch die Macht. Da er Eile hatte, da er drängte und drängte, so wußte er, daß der Augenblick nahen konnte, da seine Macht nicht mehr stark genug war. Noch war er seiner Ueberlegenheit sicher. Aber nur bei größter Schnelligkeit. Er diktirte im Osten darum mit reiner Macht, um sie im Westen stärken zu können. Auch für General Ludendorff gab es also Grenzen der Gewalt. Daß er sich dies eingestand, brachte ihn nur nicht aus der Richtung seines Denkens. Die Richtung war der zweifellose Sieg. Ein Sieg mit Zeitbemessung. Die Uhr hatte in Brest Litowsk die Stunde angesagt, da Deutschland seine

Riesenkräfte nicht mehr erhöhen, sondern nur mehr spielen lassen konnte.

Daran dachte sein Bundesgenosse keinesfalls mehr. Oesterreich-Ungarn glaubte nur noch ein Rechner zwischen bittern Wirklichkeiten sein zu dürfen. Den Ukrainer Frieden hatte der Graf Czernin geschlossen, um Brot zu bekommen. Das Schlagwort vom „Brotfrieden“ ging lärmend um. Aber der Graf Czernin wußte nicht — oder wollte es nicht wissen —, daß die Kiewer Regierung, mit der er seinen Frieden geschlossen hatte, in dem Augenblick vor den Bolschewiken auf der Flucht war, da er seinen Frieden schloß. Gleichgültig wäre übrigens gewesen, hätte der nervöse Minister noch vierundzwanzig Stunden gewartet. Auch ein billigerer Frieden mit der Ukraine wäre wertlos geblieben. Das Brot für die Monarchie mußten jetzt auf alle Fälle erst wieder die Soldaten holen. Alle Mühsal von Brest Litowsk, im Endziel vorgezeichnet durch übereilten kaiserlichen Befehl, war mit einem Mal sinnlos und vergeudet für Oesterreich-Ungarn. Czernin hatte nur die Polen aufgebracht. Czernin hatte den Ruthenen die Selbstbestimmung geschenkt. Solchen Sinn hatte plötzlich der Frieden von Brest Litowsk bekommen. Die Selbstbestimmung der Völker klopft an das Habsburger Tor. Der Graf hatte Hungerschreie gehört. Hunger war das Primitivste, das Gefährlichste. Um Brot zu bekommen, hatte der Graf mit Politik bezahlt. Hatte Prinzipien, Reden und Ideen vergessen. Er wirtschaftete jetzt mit den Forderungen der Not. Sie wollte er noch einmal niederschlagen. Er gab alles auf, was er aufgebaut hatte, die Anlagen seiner Technik, die ihn nur verstrickt hatte, zugleich sich selbst. Das Totschlagen der Not: dies war das Erste. Aber immer deutlicher glaubte er zu spüren: dies war der Anfang vom Letzten.

Der Hunger schrie auf in Oesterreich. Von Wien bis Brest Litowsk. Man wollte fort von Macht und Krieg, von Bündnis und Zerfleischung. Die Selbstbestimmung war eingezogen. Das war die Zersetzung. Der Friede war geschlossen. Aber im Eingang des Jahres 1918 flammte der Name Brest Litowsk als wetterleuchtendes Fanal.
